

K+S-Verfahren verzögert sich um Monate

Möglicherweise sogar neuer Erörterungstermin zur Wiederinbetriebnahme des Kalibergwerks / Petition an den Landtag

VON SEBASTIAN KNOPPIK

GIESEN. Die erneute Auslegung von Antragsunterlagen wird das Verfahren zur Wiederinbetriebnahme des Giesener Kalibergwerks wohl um einige Zeit verzögern. Die Verzögerung war kürzlich in der Sitzung des zuständigen Kreistagsausschusses bekanntgeworden (die HAZ berichtete). Auf einen Zeitpunkt will sich das zuständige Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie (LBEG) zwar nicht festlegen. Das Verfahren dürfte sich aber um mehrere Monate verzögern. Demnächst muss sich auch der Landtag mit dem Thema befassen. Eine Gruppe von Sarstedtern hat dort eine Petition eingereicht.

Grund für die erforderliche erneute

Auslegung sind Planänderungen, die sich aus verschiedenen bei der Behörde eingereichten Stellungnahmen und Einwendungen ergeben haben. Nach Angaben von LBEG-Sprecher Björn Völlmar sind davon ganz unterschiedliche Themenbereiche aus den Antragsunterlagen des Unternehmens K+S betroffen. Unter anderem geht es um andere Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen, um den Schutz des Feldhamsters oder um die Aufweitung der Giesener Schachtstraße. Außerdem ergeben sich Änderungen der Lärmprognose für die Schachtstraße, weil die Gemeinde Giesen für dieses Gebiet einen Bebauungsplan aufgestellt hat.

„Die Planänderungen und -ergänzungen sind gemäß Verwaltungsverfahrensgesetz den erstmals oder stärker Betroffe-

nen zur Kenntnis zu geben“, sagt LBEG-Sprecher Völlmar: „Da dieser Kreis nicht bekannt ist, geschieht dies in Form einer Auslegung bei den Gemeinden.“ Aber nicht nur die geänderten Pläne werden dabei ausgelegt, wie Völlmar erläutert: „Damit sich auch neu betroffene Bürger ein vollständiges Bild machen können, wird neben den Planänderungen und -ergänzungen auch der Ursprungsantrag ausgelegt.“

Allein die Auslegung wird einen Monat dauern. Dies ist die vorgeschriebene Frist laut Verwaltungsverfahrensgesetz. Unklar ist aber derzeit noch, wann diese Auslegung beginnen kann. „Der Zeitplan hängt im Wesentlichen davon ab, bis wann die K+S Kali GmbH die Unterlagen zusammengestellt hat“,

erklärt Völlmar. Nach der Auslegung können Bürger erneut Einwendungen machen oder ihre bereits vorliegenden Einwendungen ergänzen.

Es ist sogar möglich, dass es noch einen zusätzlichen Erörterungstermin geben wird, der zu einer weiteren Verzögerung führen würde. „Sofern nach Auswertung der Stellungnahmen und Einwendungen Unklarheiten bestehen, kann es gegebenenfalls zu einem weiteren Erörterungstermin kommen.“

Die umstrittene Frage der von K+S geplanten zusätzlichen Salzhalde und der damit verbundenen Einleitung von Salzwasser in die Innerste wird demnächst auch den Niedersächsischen Landtag beschäftigen. Eine Gruppe von 17 Sarstedter Bürgern hat sich in einer Petition

an das Parlament gewandt. Sie kritisieren darin Landrat Reiner Wegner (SPD), der in einer Vorlage für den Kreistag angekündigt hatte, dass er dem Unternehmen voraussichtlich die erforderliche wasserrechtliche Erlaubnis erteilen werde. In der Petition heißt es nun, dass bisher noch gar nicht geklärt sei, ob das von K+S geplante Verfahren dem Stand der Technik entspricht.

Selbst wenn das der Fall ist, muss der Landrat nach Meinung der Sarstedter Bürger prüfen, ob das Verschlechterungsverbot des Wasserhaushaltsgesetzes eingehalten wird. Bislang seien aber der derzeitige Zustand des Gewässers sowie die Folgen einer zusätzlichen Salzeinleitung noch gar nicht geklärt.